



## Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates  
18. Juni 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 21 der Tagesordnung: Einstieg zur politischen Diskussion zur Ausgestaltung des kommunalen Mobilitätspasses**

**Antrag: DIE LINKE.**

**Vorlage: 2024/0293**

## Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 4. Juni 2024; verwiesen aus der Gemeinderatsitzung vom 23. April 2024.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE):** Wir haben den Antrag zu der Diskussion über den Mobilitätspass gestellt, weil ich persönlich finde, dass das Instrument leider in der gesellschaftlichen Diskussion kaum eine öffentliche Wirksamkeit findet und weil es aus unserer Sicht das einzige realistische Instrument in den letzten Jahren ist, die Mobilitätswende überhaupt finanzierbar zu machen. Wieso? Erstens, weil die nutzerbasierte oder ticketbasierte Finanzierung des ÖPNV krachend gescheitert ist. Zweitens, weil wir versuchen, dann über kommunale Mittel die fehlenden Mittel auszugleichen und teilweise über Bundes- und Landesmittel, das wiederum auch nicht ausreicht. Und wir sehen, dass Bund und Land nicht gerade derzeit das Thema Klimaschutz als oberste Priorität wahrnehmen oder dass es eher in der Aufmerksamkeit zurückgeht. Und drittens, weil wir sehen, dass wir ein Instrument brauchen, um eine gesamtgesellschaftliche Finanzierung dieser Infrastruktur, und darum geht es am Ende, sicherzustellen.

Wieso wollen wir diese Diskussion? Weil wir sehen, dass gerade in einer großen Individualisierung, die in der Gesellschaft stattfindet, eine solche zusätzliche Abgabe durchaus gesellschaftliches Sprengpotenzial haben könnte. Ich kann mir durchaus vorstellen, welche Diskussion stattfinden könnte, wenn eine solche Abgabe kommt, in Zeiten, in denen jeder nur

bezahlen möchte, was er oder sie nutzt, und eine zusätzliche Abgabe, glaube ich, sowohl hier politisch sehr umstritten sein könnte, aber auch gesamtgesellschaftlich. Deshalb finden wir, dass wir neben der Tatsache, dass die Modelle durchaus kryptisch noch sind und die Landesregierung immer nur einzelne Einsichten der Öffentlichkeit preisgibt, welche Modelle sie derzeit diskutiert, jetzt ist wohl das Guthabenmodell eine der Varianten, den Bedarf sehen, sowohl im Gemeinderat eine tiefergehende Diskussion und Ausgestaltungsmöglichkeit der verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten zu erörtern, aber auch dann anschließend in die Öffentlichkeitsbeteiligung zu gehen, welches Modell da ist.

Ob wir jetzt die Aufmerksamkeit für das Thema erreicht haben, hinterfrage ich an der Stelle kurz nach den Kommunalwahlen. Auf der anderen Seite finde ich es jetzt auch müßig, darüber abzustimmen, ob Sie den Arbeitsauftrag so umsetzen. Sie haben geantwortet, dass Sie den so erfüllt sehen, so, wie wir es wünschen. Ich sehe es noch nicht so ganz erfüllt. Deshalb würde ich an der Stelle auch aufgrund des Feedbacks im Hauptausschuss den Kompromiss anbieten, dass wir auf eine Abstimmung verzichten, Ihnen aber den Wunsch mitgeben, dass Sie instrumentenneutral, also unabhängig von der Arbeitgeberpauschale, dieses Thema zeitnah, soweit es möglich ist, in einer der gemeinderätlichen Gremien mit aufnehmen und möglichst mit Zahlen unterfüttert verschiedene Modelle erörtern und sobald Sie es für realistisch erachten und die gute Chance sehen, das dann auch in die öffentliche Debatte reinzubringen und dort ein, zwei ausgewählte Modelle, das kann die Arbeitgeberpauschale sein, das Guthabenmodell sein und so weiter und so fort, in die öffentliche Beteiligung zu geben. Damit können wir heute auf eine Abstimmung über einen sehr kryptischen Antragstext, glaube ich, verzichten.

**Stadtrat Löffler (GRÜNEN):** An der Stelle hätte ich es auch tatsächlich für nicht sinnvoll empfunden, darüber abzustimmen, denn wenn auch wir die Ziele eines Mobilitätspasses und den damit verbundenen zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV vollumfänglich teilen, genauso wie es die GRÜNE-Fraktion, der grüne Teil der Landesregierung tut, wissen wir ganz genau, dass es innerhalb der Landesregierung einfach noch eine umstrittene Diskussion ist. Es ist leider auch so weit umstritten, dass Stand heute nicht klar ist, ob alle diese vier Modelle am Ende im Gesetz landen würden und ob dieses Gesetz überhaupt noch in dieser Legislaturperiode auf Landesebene tatsächlich auch kommen würde. Deswegen wäre leider aus unserer Sicht ein heutiger Beginn für eine öffentliche Debatte nicht zielführend. Er würde von fehlerhaften, weil nicht vorhandenen Grundlagen ausgehen. Wir könnten gar nicht offen und ehrlich darüber diskutieren, was denn am Ende tatsächlich unsere Möglichkeiten und unsere Chancen dabei sind.

Deswegen sollten wir das Thema auf jeden Fall auf dem Schirm behalten. Wir sollten, glaube ich, nicht das Ziel haben, sobald das Gesetz beschlossen ist, eine Woche später auch eine entsprechende Satzung oder Ähnliches beschlossen zu haben, sondern dann wissen wir eigentlich erst, welche Varianten in die Diskussion eingespielt werden. Dann benötigen wir die Ergebnisse aus den Modellversuchen, wo wir als Vorreiterkommune auch mit dabei waren oder aus den Modellberechnungen effektiv. Dann können wir darüber entscheiden, welche Form der öffentlichen Beteiligung dafür die geeignete ist.

Das ist auch noch ein paralleler Prozess. Wie entwickeln wir unsere Beteiligungsformate hier in der Stadt weiter. Und ich glaube, bei so einem großen Thema, wo es a) um viel Geld geht und wo b) noch viel mehr Menschen betroffen sind, macht es dann durchaus Sinn, diese Debatte nicht nur hier im Gemeinderat, in diesem Haus zu führen, sondern auch

weiter in der Stadtgesellschaft. Aber wie gesagt, heute ist es alles noch ein bisschen blumig, wolkig, darüber zu reden. Daher, wir teilen diese Ziele auf jeden Fall, aber Stand heute können wir eigentlich nicht mehr sagen, als dass es leider noch kein Gesetz dazu gibt.

**Stadtrat Maier (CDU):** Manchmal habe ich hier in den letzten Jahren das Gefühl gehabt, dass man mit seriöser Sachpolitik eher schlecht, gefühlt schlecht Wahlen gewinnen kann. Mit markigen Sprüchen, guten Überschriften und Anträgen an Stellen, an die sie nicht hingehören, schon eher. Dies ist für meine Begriffe ein solcher Antrag, und dass er jetzt heute nicht abgestimmt werden soll, zeigt mir das nur noch mal deutlicher. Sie hätten sicherlich als Antragsteller vielleicht eher an die zuständigen Stellen der Stadt sich wenden sollen. Dann hätten Sie eine gute Antwort bekommen, und wir hätten jetzt nicht darüber reden müssen. Die wohl bewusste Vermengung von Themen wie Verkehrswende, Klimaneutralität und sozialen Fragen, kommt aber natürlich offensichtlich sehr gut an, hilft aber an dieser Stelle nicht weiter.

Wir freuen uns als CDU über die Antwort der Verwaltung, dass Karlsruhe als Kommune bereits längst als Vorreiterkommune im Gespräch mit dem Land ist, was das Thema Mobilitätspass angeht. Fazit zum Punkt 1 Ihres Antrags, erachten auch wir diesen als erledigt. Auch die Antworten zu den weiteren Punkten zeigen, was das Streckennetz betrifft, dass uns KVV und VBK hier wertvolle und gute zukunftsgerichtete Arbeit leistet. Wir alle müssen aber in Zukunft sicherlich noch mehr darauf achten, dass die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs durch Bund und Land erhalten bzw. ausgebaut wird. Nur so können wir das hohe Niveau auch in Zukunft halten. Hier komme ich zurück auf die Geschäftsleitung und die Mitarbeiter unserer Verkehrsbetriebe, denen ich an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte, und auch auf unsere entsprechenden Aufsichtsräte der Unternehmen. Da ich diesen Aufsichtsräten der Verkehrsbetriebe bis heute über Jahrzehnte angehören durfte, kann ich einschätzen, dass dort eine sehr gute Politik in alle Richtungen und vor allem verantwortungsvolle Arbeit geleistet wird.

Ich möchte nun an dieser Stelle auch die Chance nutzen bei meinem letzten Redebeitrag in der zu Ende gehenden Legislatur, in der heutigen quasi letzten regulären Sitzung Danke zu sagen, danke der Bürgermeisterbank, danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und auch Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ganz besonders meiner eigenen Fraktion für die besondere Zusammenarbeit, das mir entgegengebrachte Vertrauen und die Hilfe und Unterstützung in den letzten 20 Jahren. Ich hatte meist große Freude dabei, und genauso werde ich es auch in Erinnerung behalten, Ihnen allen Glück auf.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Das Wesentliche ist gesagt, und den Worten meines Vorredners denen kann ich eigentlich nichts Substanzielles hinzufügen. Von daher, die SPD-Fraktion steht zum ÖPNV. Die Antwort der Verwaltung sagt alles, und in dem Sinne keine weitere Rede.

**Stadtrat Wenzel (FW/FÜR):** Ich kann mich meinen Vorrednern auch nur anschließen. Ob es mein letzter Redebeitrag ist, weiß ich nicht, aber Kollege Maier hat eigentlich alles gesagt. Es waren spannende Jahre, auch für mich und es war spannend, immer wieder die interessantesten Anträge und Redebeiträge hier zu erleben, und das ist auch so eine spannende Sache. Herr Kollege Arslan, wir haben jetzt nur darüber geredet. Wir werden nach dem

Modell Region Freiburg und Ortenau mehr über dieses Thema, auch über das Thema Querfinanzierung des ÖPNV, reden müssen. Ich kann nur Empfehlungen machen, vielleicht meine letzte hier in diesem Gemeinderat, nehmt die Bürger mit, wenn es so weit kommt. Bereitet sie darauf vor, und es wäre schön, wenn sie auch darin mitentscheiden können und nicht nur die Honoren oben an den Schaltknöpfen unserer Macht.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Das einzig Gute an diesem Antrag ist, dass in der Antwort die Verwaltung klipp und klar darlegt, wie uns der öffentliche Nahverkehr in den kommenden Jahren droht, die Haare vom Kopf zu fressen, und das allein nur für die Bestandssicherung des derzeitigen Streckennetzes. Das wird, die Stadt schreibt es ganz deutlich, die Hauptaufgabe für die künftigen Jahre sein. Einen Mobilitätspass, das ist im Grunde nichts anderes als eine zwangsweise Abgabe für den ÖPNV à la GEZ, und zwar egal, ob man ihn nutzt oder nicht. Das lehnen wir, unabhängig, wie er denn mal ausgestaltet sein wird, ab. Sie wäre nur ein weiteres Kapitel der immer weiter um sich greifenden Umverteilung, wie sie links-grün in Bund, Land und auch in dieser Stadt ungehemmt weiter forcieren möchte. Es gehört zur Freiheit des Menschen, sich auch bei der Verkehrsmittelwahl frei entscheiden zu können. Wenn Sie einmal einen Blick in die Schweiz werfen, dort ist selbst unter Berücksichtigung des höheren Einkommens der Bevölkerung die Nutzung des öffentlichen Verkehrs kein Schnäppchen. Aber der hat dort etwas aufzuweisen, wovon wir hier nur träumen können, die absolute Zuverlässigkeit der Reiseketten, selbst bei knappen Anschlüssen, während Sie hier in Karlsruhe viel zu oft an den Haltestellen den Hinweis „Fahrt fällt aus“ lesen müssen, bei der Bahn, auf die Sie gerade gewartet haben.

Um einmal ein ganz konkretes Beispiel zu nennen, wenn Sie abends vorhaben, von Durlach nach Eggenstein oder noch weiter fahren zu wollen, dann ist das ein Lotteriespiel mit hoher Nietenquote, den laut Fahrplan am Europaplatz bestehenden Anschluss von der Tram 1 in die S1 tatsächlich erreichen zu können. Denn vielfach geht er in die Hose, und dann sind 40 Minuten Warten angesagt, die Sie dann doch lieber unten in der Haltestelle als oben am Europaplatz mit seiner ganzen abendlichen Vielfalt verbringen wollen. Nein, mehr Menschen in den ÖV kriegt man nicht über Zwangsabgaben, sondern über ein verlässliches Angebot, das übrigens durchaus auch etwas kosten darf.

**Der Vorsitzende:** Ich nehme den Wunsch der LINKEN auf, dass wir die Bevölkerung beteiligen und rechtzeitig darüber reden. Aber ich glaube, aus den verschiedenen Wortbeiträgen ist deutlich geworden, welche Vorfestlegungen es durch Gesetzesrahmensetzung geben muss, bevor wir überhaupt über diese Dinge diskutieren können. Wir müssen dann auch diskutieren darüber, und deswegen wollte ich das noch mal ergänzen, Herr Arslan, Sie haben von einem Guthabenmodell gesprochen. Wir müssen hier unterscheiden zwischen den Modellen für eine solche Mobilitätsabgabe, da gibt es drei oder vier. Dann ist ergänzend, und das unterscheidet das baden-württembergisch geplante Modell von allen anderen in Europa, die ich kenne, soll es aber dann denen, die etwas eingezahlt haben, auch ein Stück weit wieder rückvergütet werden können über ein Guthaben. Das macht die ganze Sache dann noch ein bisschen spannender, denn wenn es gelingen sollte, dadurch die Leute alle auf den ÖPNV zu bringen, dann werden sie dieses Guthaben auch wieder abfrühstücken. Das heißt, wenn es besonders erfolgreich ist, habe ich am Ende gar kein Geld übrig, um den ÖPNV weiter auszubauen. Das funktioniert eigentlich nur dann, wenn die Guthaben nicht aufgebraucht werden. Das ist dann schon ein bisschen tricky, mal zu diskutieren, wo liegen wir denn dann am Ende dazwischen, lohnt sich das dann überhaupt. Um die Leute auf den ÖPNV im besten Fall zu bringen, könnte es sich sehr lohnen, aber dann haben wir

trotzdem unsere Finanzierungslöcher noch nicht gefüllt. Also da sind auch so zwei Ziele mit verbunden beim baden-württembergischen Modell, die nicht immer in dieselbe Richtung marschieren. Das muss man sich dann schon sehr genau überlegen, einmal davon abgesehen, dass möglicherweise doch ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufbau nötig ist, um das Ganze überhaupt umzusetzen. Und wenn wir am Ende im Grunde ganz viel Verwaltungsaufbau treiben müssen, wir müssen noch Menschen zwangsbeglücken, und am Ende haben wir nicht mal etwas, um den ÖPNV besser zu finanzieren, das wäre so der Worst, Worst, Worst Case. Es ist eine tolle Idee, weil sie auch europaweit zum Teil hervorragend funktioniert, aber die Voraussetzungen sind zum Teil dort auch anders.

Deswegen lassen Sie uns weiter auf die Politik im Land warten. Dadurch, dass wir Vorreiterkommune sind, kennen wir uns schon deutlich besser aus als andere. Das werden wir dann zu gegebener Zeit nutzen, um mit Ihnen diese Diskussion zu beginnen. Das ist klar.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
8. Juli 2024